



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Kropff, H. von: Ostasiatische Gewitterwolken

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Ostasiatische Gewitterwolken

Von H. von Kropff in Berlin

Die spätere geschichtliche Darstellung der Neubildungen in Ostasien, die das letzte Jahrzehnt des neunzehnten und die ersten Jahrzehnte des zwanzigsten Jahrhunderts gebracht haben und noch bringen müssen, wird der großen chinesischen Revolution von 1911 und 1912 und der sich anschließenden chinesischen Aufstandsbewegung des Jahres 1913 besondere Beachtung zu schenken haben. Die Entwicklung der chinesisch-japanischen Beziehungen ist hierbei von hervorragender Bedeutung. Ihr heutiger Stand läßt das Gespenst von der „Selben Gefahr“, d. h. die Theorie von dem unter Führung Japans reorganisierten und modernisierten chinesischen Kolosß einigermaßen verblaffen. Sie gibt denen Recht, die mit mir seit Jahren die Ansicht vertreten, daß das von gewaltiger innerer Kraft getragene, wenn auch heute noch nicht ausgereifte Nationalbewußtsein in China die Oberhand behalten wird über die rassenverwandtschaftlichen Neigungen zum benachbarten japanischen Inselreich. Ein kurzer Blick auf die Ereignisse in Ostasien während der letzten vierzig Jahre muß das bestätigen; bilden doch die Beziehungen der beiden ostasiatischen Reiche, die jahrhundertlang als kaum bestehend anzusehen waren, seit dem Jahre 1874 eine Kette von Reibungen und Auseinandersetzungen ernstlicher Art. Zu jener Zeit landete Japan unter nichtigem Vorwand Truppen auf dem damals noch chinesischen Formosa und eignete sich bald darauf die bisher im Vasallenverhältnis zu China stehenden Liuksiu-Inseln an. Von 1882 bis 1894 stand dann Süanschikai als chinesischer Ministerresident in Seoul bereits in stillem Kampf gegen die japanische Politik, die 1894 und 1895 im chinesisch-japanischen Kriege weithin sichtbaren Ausdruck fand. Der bisherige chinesische Vasallenstaat Korea wurde „unabhängig“, Formosa und die Inselgruppe der Pescadores gingen in japanischen Besitz über. Port Arthur und die Halbinsel Liautung erlitt nach dem russisch-japanischen Krieg dasselbe Schicksal, und bald darauf verschwand dann auch das koreanische Schattenkaiserthum

Grenzboten III 1913

37

zugunsten der japanischen Herrschaft. Heute droht Japan auf Grund der offensichtlich aufgebauschten Zwischenfälle in Hankau und Nanking, bei denen japanische Staatsangehörige den Warnungen der chinesischen Regierung zum Trotz sich mutwillig in Gefahr begeben hatten, mit der Besetzung der wichtigen, an der Straße von Formosa gelegenen chinesischen Hafenplätze Amoy und Futschau, die die Eingangspforten zu der reichen Provinz Fukien darstellen, die seit Jahren den Schauplatz eifriger japanischer Propagandatätigkeit bildet. Hat England seinen ostasiatischen Verbündeten noch in letzter Stunde vor einer Überspannung des Bogens gewarnt? Ein Artikel der Times vom 9. September läßt fast darauf schließen.

\* \* \*

Die Beteiligung Japans an der chinesischen Revolution greift hinüber in das Gebiet der großen Politik und steht naturgemäß in engstem Zusammenhang mit dem Wettbewerb der Mächte auf dem ostasiatischen Markt.

In den letzten Julitagen des vorigen Jahres wurde die Welt durch eine Meldung der Times über den bevorstehenden Abschluß eines russisch-japanischen Bündnisses überrascht. Ihr waren, wie ich an Ort und Stelle zu beobachten Gelegenheit hatte, seit Monaten Äußerungen der japanischen Presse vorausgegangen, die auf die Lockerung des britisch-japanischen Bündnisses hinwiesen und einen engern Anschluß an Rußland empfahlen. Die Beweggründe zu dieser Stimmung gingen auf den Knorrschen Vorschlag zur Neutralisierung der mandschurischen Eisenbahnen vom Jahre 1910, der Japan begreiflicherweise besonders unsympathisch war, und die übrigen Zwistigkeiten mit der Nordamerikanischen Union zurück. England zog damals aus der Weltlage insofern seine Schlüsse, als es das Bündnis mit Japan zwar erneuerte, dieser Erneuerung jedoch eine Form gab, die die Nötigung zur Unterstützung Japans in einer kriegerischen Aktion gegen die Vereinigten Staaten ausschloß. Die britisch-russische Annäherung machte außerdem für England eine Unterstützung durch Japan nach dieser Richtung entbehrlich. Von den Grundlagen des anglo-japanischen Bündnisses verblieb also nur noch „die Erhaltung der Unverletzlichkeit des chinesischen Reiches und der Offnen Tür in seinem Handelsbereich“. Diese „Offne Tür“ aber hat Japan, wie alle Welt weiß, soweit die Südmandschurei in Betracht kommt, längst nicht mehr geachtet, und die „Unverletzlichkeit des chinesischen Reiches“ schien gerade in diesen Tagen durch Japan besonders gefährdet. Für die der Mandschurei benachbarte Mongolei hegte außerdem Rußland ähnliche Wünsche. Kein Wunder, daß eine russisch-japanische Interessengemeinschaft entstand, die zunächst in der russisch-japanischen Entente vom Jahre 1910 zum Ausdruck kam, der dann im vorigen Jahre weitere Abmachungen über mongolisch-mandschurische Fragen zwischen beiden Ländern gefolgt sind. Im April 1911 sahen jedoch in erster Linie Japan, im weiteren aber auch Rußland ihre Pläne hinsichtlich der nord-

chinesischen Grenzländer durch jenen vielbesprochenen Anleihevertrag über 10 Millionen Pfund Sterling bedroht, den das sogenannte Viermächtesyndikat, bestehend aus Banken der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs und Deutschlands, mit China abschloß. Diese Anleihe sollte China die Möglichkeit geben, die gewaltigen wirtschaftlichen Schätze der Mandschurei zu erschließen und die geplante Währungsreform durchzuführen. Als Sicherheit wurden die Einnahmen der drei mandschurischen Provinzen verpfändet. Damit war den geldgebenden Mächten, zu denen, wie erwähnt, Japan und Rußland nicht gehörten, ein gewisser Einfluß in jenen Gebieten zugestanden. Eine gewaltige Erregung griff in Tokio Platz. Japan sah seine Stellung in der Mandschurei schwer bedroht; es zog an den von Kirin bis hinunter nach Canton seit Jahren sorgsam gespannten Fäden, und — der chinesische Bürgerkrieg, der heute noch nicht beendet ist, brach in den ersten Oktobertagen des Jahres 1911 aus. Die Auszahlung der Anleihe unterblieb, und die Mandschurei war vorläufig für die weitere Ausdehnung des japanischen Einflusses gerettet. Die chinesische Revolution hat dann die russisch-japanische Annäherung weiter begünstigt und eine verstärkte Abkühlung der britisch-japanischen Beziehungen gebracht. Sehr bald erkannte die britische Diplomatie in China, daß sie mit der anfänglichen Begünstigung der chinesischen Aufstandsbewegung einen schweren Fehler begangen, ja, sich einfach von Japan hatte schieben lassen. Für die britische Gesandtschaft in Peking galten in jenen Monaten der Aufregung die Berichte des Schanghaier Generalkonsuls Sir E. D. S. Fraser als durchaus maßgebend. Frasers Berater wiederum waren die Chefs der großen britischen Handelshäuser in Schanghai, die ihrerseits — jeder Kenner chinesischer Verhältnisse wird meine Beobachtungen bestätigen müssen — von ihren Compradores (durch deren Hände das gesamte Ein- und Ausfuhrgeschäft geht), die alle den südchinesischen Provinzen entstammen, über die „Stimmung in China“ mit bemerkenswerter Energie „unterrichtet“ und durch Boykottdrohungen seitens der großen südchinesischen Gilden in Schrecken gesetzt wurden. In Süchina aber war, wie heute allgemein bekannt ist, das Heer der japanischen Agenten seit Jahren tätig gewesen. In diesem Augenblicke, d. h. im Sommer 1911, wurde es im Interesse eines revolutionären Ausbruches in China mobil gemacht. Der Ring war geschlossen; der Funke zündete!

Endlich erkannten die maßgebenden britischen Kreise die Drahtzieher der Revolution. England machte denn auch bald den Versuch, den japanischen Gelüsten auf die Eisen-, Stahl- und Kohlenwerke von Hanyang, Tschang und Pinghsiang, im Herzen Chinas und die „China Merchants Steam Navigation Coy“, die größte chinesische Schiffahrtsgesellschaft, einen Riegel vorzuschieben. Die führenden Londoner Blätter ergeben sich, ebenso wie die der britischen Regierung nahe stehenden, im Osten in englischer Sprache erscheinenden Zeitungen, in Warnungen, die offen an die Tokioer Adresse gerichtet sind und in denen auf den großen Schaden hingewiesen wird, der allen am Handel Chinas interessierten Mächten

durch die lang anhaltenden unsicheren Zustände erwächt. Die Wirkung ist jedoch bisher, wie die anlässlich der Zwischenfälle von Hankau und Nanking in der zweiten Septemberwoche von Japan erhobenen Forderungen zeigen, sehr gering gewesen. Wird die gerade von Kritikern unserer Diplomatie oft gerühmte Kunst der leitenden Männer in Downing Street in der ostasiatischen Frage versagen?

\* \* \*

Die japanische Regierung befindet sich gegenwärtig in der schwierigen Lage des berühmten Zauberlehrlings, der die einmal gerufenen Geister nicht loswerden kann, ein Zustand, der sowohl auf ihre allzu kühnen, gegen die chinesische Staatsautorität gerichteten Drahtziehergriffe vor Beginn und im Verlauf der chinesischen Revolution, wie auf die Mächenschaften jener Partei zurückzuführen ist, die sich für die Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems auf englischer Grundlage in Japan eingesetzt hat. Nachdem die liberale Seiyukai, durch ihren radikalen Flügel aufgereizt, das Ministerium des Fürsten Katsura mit Hilfe von Böbelauschreitungen im Februar dieses Jahres gestürzt und damit zum erstenmal in der Geschichte des japanischen Reichstags die Mehrheit des Abgeordnetenhauses einem ausgesprochenen Wunsche des Kaisers die Erfüllung versagt hatte, gelangte das aus Mitgliedern der Seiyukai und der Satsuma- und Flottenpartei gebildete Kabinett des Admirals Grafen Yamamoto ans Ruder, das schließlich die Annahme des Stats mit der winzigen Mehrheit von nur fünf Stimmen erwirkte und dessen Bestand in der Hoffnung auf den Erfolg eines Finanzreformprogramms beruht. In den letzten Monaten hat sich die Gegnerschaft zwischen den Anhängern des Fürsten Katsura, die im wesentlichen die gemäßigte Politik der sogenannten älteren Staatsmänner vertreten, und dem Kabinett Yamamoto weiter verschärft. Das Heer der Feinde des Premierministers wird naturgemäß jetzt durch die zwölftausend Beamten verstärkt, die auf Grund des Finanzreformprogramms kurzerhand entlassen, mit Pension in den Ruhestand versetzt oder zur Disposition gestellt werden. Die Lage der japanischen Regierung ist daher keineswegs rosig, und das um so weniger, als die Kritik ihrer auswärtigen Politik im Blick auf Kanada und die Vereinigten Staaten sowohl wie in bezug auf China von Tag zu Tag schärfer einsetzt. Die in diesen Tagen auftauchende Vermutung, daß die Tokioer Regierung angesichts der inneren Schwierigkeiten den Versuch machen werde, durch einen brutalen Schlag gegen China sich Luft zu verschaffen, klang daher nicht unberechtigt. Der ungeachtet aller Finanzreform chronische Geldmangel und die allgemeine wirtschaftliche Lage Japans dürften aber schließlich einer weisen Mäßigung Geltung verschaffen. Japanische Anleihen sind gegenwärtig in Europa weit weniger beliebt als chinesische, denen man sicherlich den Vortritt lassen wird.

\* \* \*

Die chinesischen Finanzen beanspruchen insofern besondere Beachtung, als sie von einschneidender Bedeutung für die Wiederherstellung geordneter politischer Zustände und damit die Wiederbelebung von Handel und Wandel im Reich der Mitte sind. China lebt heute finanziell von der Hand in den Mund, so daß angesichts der großen Summen, die die Niederwerfung der gegenwärtigen Aufstandsbewegung verschlungen hat, mit der Möglichkeit einer neuen großen Anleihe Chinas gerechnet werden muß. Es liegt kein Anlaß vor, sie auf unserem Markt nicht willkommen zu heißen, solange China eine Kontrolle über die sachgemäße Verwendung des Anleihebetrages durch fremde Beamte zusichert und auch wirklich ermöglicht. Die in Aussicht stehende endgültige Wahl Jüan-shikais zum Präsidenten der Republik bildet ein weiteres Moment des Vertrauens, das wir auf eine gedeihliche Entwicklung des chinesischen Reiches setzen.



## Ein Nachwort zum Mezer Katholikentag

Von einem Katholiken



ie jedes Jahr im Spätsommer, nahm auch in diesem August die deutsche Katholikerversammlung eine Woche lang das allgemeine Interesse in Anspruch. Auch das Echo in der Presse war das in den letzten Jahren übliche: in der katholischen die bei dem stets glänzenden äußeren Verlauf wohl begreifliche Begeisterung und kritiklose Bewunderung, in der gegnerischen meist verständnislos herabsetzende Kritik, von verächtlicher Unterschätzung bis zur blinden Begeisterung, — ganz vereinzelt vorurteilslose und besonnene Beurteilung.

Die beliebteste Kritik, die die Katholikentage bei den Gegnern erfahren, besteht darin, daß man sie als Zentrumstage, als Zentrumsparaden hinstellt. Für den draußen Stehenden mag es freilich schwer sein, zwischen Katholizismus und Zentrumspartei zu unterscheiden.

Doch sei dem wie es wolle: daran kann kein Kenner der Verhältnisse zweifeln, daß die Katholikentage von ihren Organisatoren und Teilnehmern sowohl als auch von den offiziellen Vertretern der katholischen Kirche, von der Hierarchie, vom Papst wie von den deutschen Bischöfen als Veranstaltungen des deutschen Katholizismus, als Sammelpunkt katholischer religiöser Kräfte und katholischer Begeisterung angesehen werden. Das hindert freilich nicht, daß es